

Information zur möglichen Zurückweisung der delegierten Rechtsakte durch die Allianz der Konservativen, Liberalen und einigen Sozialisten

Angekündigt sind folgende Entschlüsse zur Zurückweisung der Delegierten Rechtsakte (DA) zur GAP-Reform:

- EVP, ECR und Britta Reimers (ALDE) fordern die Ablehnung der DA zu Direktzahlungen
- EVP lehnt DA zu ländliche Entwicklung ab
- ECR lehnt DA zu Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse ab
- EVP und ECR lehnen DA zu integriertem Verwaltungs- und Kontrollsystem und Cross-Compliance Regelungen ab
- Die Ultrarechten sprechen sich gegen alle delegierte Rechtsakte aus

Irreführende Argumentation „Komplexität“:

EVP, ALDE, ECR und einige Sozialisten kritisieren die Komplexität. Dabei ist es genau die große Anzahl an Ausnahmen, die diese Parteien gefordert haben, die nun die GAP-Reform bürokratisch aufblasen. Wir Grüne hatten immer für einfache Regeln plädiert. Die komplizierten Ausnahmeregelungen führen nun dazu, dass die Konservativen gegenüber der Praxis in Erklärungsnot geraten. Um sich selbst nicht verantworten zu müssen, ist die sehr durchsichtige Taktik, die Torpedierung des eigenen Machwerks. Darüber hinaus wird suggeriert, dass auch notwendige Auflagen/Kontrollen, die für eine Umsetzung notwendig sind, dem Mutwillen der Kommission zu verdanken sind und aufgehoben werden könnten. Die Bürokratisierung und das Herunterbrechen der Ökologisierung der Direktzahlungen auf ein Minimum ist EVP, ALDE, ECR und den Sozialisten zu verdanken.

Nächste Schritte:

Die Entschlüsse zur Ablehnung der DA sollen am 7. April im Agrarausschuss abgestimmt werden. Es ist wahrscheinlich, dass im Ausschuss die Entschlüsse zu Direktzahlungen, zu ländliche Entwicklung und zu Cross Compliance angenommen werden.

Von daher ist damit zu rechnen, dass die angenommen Entschlüsse im Plenum abgestimmt werden. Für eine endgültige Ablehnung wäre die absolute Mehrheit der 766 Abgeordneten notwendig, d.h. mindestens 384 müssten für den Vorschlag stimmen.

Bei einer Ablehnung würde die Kommission neue Vorschläge vorlegen müssen. Damit ist frühestens Ende Oktober zu rechnen. Insgesamt würde das Scheitern allen voran die Landwirte treffen, die keinerlei Planungssicherheit erhalten. Die Programme für die Entwicklung der ländlichen Räume wären völlig auf Eis gelegt. Mitgliedstaaten, die möglicherweise 2014 bereits in Vorleistungen getreten sind, kommen in eine absolut prekäre Situation.

Wir Grüne werden daher alles tun, damit die DA nicht im Plenum zurückgewiesen werden. Wir werden uns aber auch im weiteren Verfahren gegen einen Pestizideinsatz auf ökologischen Vorrangflächen einsetzen, der aufgrund der Koalition der Konservativen, Liberalen und Sozialisten in den Gesetzestext Einzug gehalten hat. Wir werden mobilisieren. Den Populisten sollte klar werden, dass sie zwei Monate vor der Wahl einiges zu verlieren haben, wenn sie den totalen ökologischen Reformverweigerungskurs weiterführen.